

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 05.05.2009

N i e d e r s c h r i f t

der 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 29.04.2009,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:03 - 20:50 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Markus Böhm-Högy

Herr Dieter Kräske

Frau Julia-Christina Sator

Herr Jörg Schreiber

(in Vertretung für Stv. Prof. Dr. Kramer)

(bis 19:49 Uhr)

(bis 19:59 Uhr)

(ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Herr Frank Walter Schmidt

Herr Peter Sommer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Frau Dr. Bettina Speiser

Fraktion B'90/Die Grünen (ab 19:20 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 20:00 Uhr)

Von der Verwaltung:

Frau Christine Becker	Leiterin des Amtes für Soziale Angelegenheiten	
Herr Jürgen Scheitler	Stellv. Leiter des Amtes für Soziale Angelegenheiten	
Herr Clemens Abel	Leiter des Tiefbauamtes und MAB	(bis 19:08 Uhr)
Herr Andreas Prinz	Leiter des Jugendamtes	

Vom Ausländerbeirat:

Herr Mohamed Ibrahim	Vorsitzender	(ab 20:30 Uhr)
----------------------	--------------	----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

Gäste/Sachverständige:

Frau Dipl. oec. troph. Diana Löser

Entschuldigt:

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer	CDU-Fraktion
Frau H. Kraushaar-Hoffmann	SPD-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Vorsitzender merkt an, dem Büro der Stadtverordnetenversammlung sei nicht mitgeteilt worden, dass der Sozialstrukturplan per PowerPoint Präsentation vorgestellt werden solle, so dass nun weder ein Beamer noch ein Laptop zur Verfügung stehen. Er schlägt vor, den TOP 3 zunächst in der Beratung zurückzustellen, bis die Geräte zur Verfügung stehen.

Mit diesem Verfahrensvorschlag erklären sich die Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

Somit ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz
- Antrag des Magistrats vom 31.03.2009 - STV/2316/2009
3. Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Kitas
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2009 - STV/2347/2009
4. Sichtschutz im neuen Kultur-Rathaus
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.04.2009 - STV/2348/2009
5. Erhöhung der Einkommensgrenze für die Berechtigung des Gießen-Passes
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.04.2009 - STV/2349/2009
6. Sozialstrukturatlas für die Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 20.04.2009 - STV/2340/2009
7. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Frauenförderplan nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz STV/2316/2009
- Antrag des Magistrats vom 31.03.2009 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Frauenförderplan für den Eigenbetrieb „Mittelhessische Abwasserbetriebe (MAB)“.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**3. Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Kitas
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2009 -**

STV/2347/2009

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Parlamentssitzung über die Umsetzung der neuen „Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder“, die am 01.09.2009 in Kraft treten soll, zu berichten und folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit wie vielen Fachkräften nach § 1 Abs. 3 der Verordnung sind die einzelnen Kinderbetreuungseinrichtungen in Gießen derzeit besetzt und zwar
 - a) die städtischen Einrichtungen und
 - b) die Einrichtungen der freien Träger?
2. Welcher Betreuungsschlüssel ergibt sich daraus für die einzelnen Gruppen in den Einrichtungen und zwar
 - a) für die Gruppen der unter Dreijährigen,
 - b) für die Gruppen der Drei- Sechsjährigen und
 - c) für die altersgemischten Gruppen?
3. Wie stellen sich derzeit die Gruppengrößen in den Einrichtungen dar und zwar getrennt nach Einrichtungen der Stadt und der freien Träger (wie Frage 1) und nach Altersgruppen (wie Frage 2)? Wie viele Gruppen der unterschiedlichen Einrichtungen weichen derzeit demnach von den im § 2 der alten Mindestverordnung genannten Gruppengrößen ab (unterschreiten diese /überschreiten diese)?
4. An welchen Gruppengrößen – im Rahmen der durch die Verordnung definierten Bandbreite - wird sich der Magistrat bei der Umsetzung der Mindestvoraussetzungen orientieren?
5. Wie viele zusätzlichen Stellen werden – ausgehend von den zukünftig zugrunde zu legenden Personalschlüsseln und Gruppengrößen - benötigt, um die Vorgaben der neuen Mindestverordnung zu erfüllen
 - a) in den städtischen Einrichtungen und
 - b) in den Einrichtungen der freien Träger?
6. Welche Konsequenzen erwartet der Magistrat daraus für den städtischen Stellenplan bzw. für den Haushalt der Stadt Gießen?
7. Werden die ggf. erforderlichen Stellen bzw. Haushaltsmittel im Haushalts- und Stellenplan der Stadt für 2010 veranschlagt werden?“

Stv. Bietz ändert den Antrag für die SPD-Fraktion wie folgt:

„Der Magistrat wird aufgefordert, bis zur nächsten Parlamentssitzung über die Umsetzung der neuen „Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder“, die am 01.09.2009 in Kraft treten soll, zu berichten und folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Mit wie vielen Stellen (Fachkräften) nach § 1 Abs. 3 der Verordnung sind die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen in Gießen derzeit ausgestattet?**

2. **Wie viele Kinder werden zur Zeit in den städtischen Einrichtungen betreut**
 - a) *in Gruppen für unter Dreijährige,*
 - b) *in Gruppen für 3-6 Jährige und*
 - c) *in altersgemischten Gruppen?*
3. **Wie groß sind die Gruppen durchschnittlich (differenziert nach Frage 2 a) - c)?**
4. **An welchen Gruppengrößen - im Rahmen der durch die Verordnung definierten Bandbreite - wird sich der Magistrat bei der Umsetzung der Mindestvoraussetzungen orientieren?**
5. **Wie viele zusätzlichen Stellen werden - ausgehend von den zukünftig zugrunde zu legenden Personalschlüsseln und Gruppengrößen - benötigt, um die Vorgaben der neuen Mindestverordnung zu erfüllen.**
6. **Welche Konsequenzen erwartet der Magistrat daraus für den städtischen Stellenplan bzw. für den Haushalt der Stadt Gießen?**
7. **Werden die ggf. erforderlichen Stellen bzw. Haushaltsmittel im Haushalts- und Stellenplan der Stadt für 2010 veranschlagt werden?"**

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

4. **Sichtschutz im neuen Kultur-Rathaus**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.04.2009 -

STV/2348/2009

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, den Bediensteten im Kultur-Rathaus zu gestatten, die Einsicht in ihrem Arbeitsraum mit Markisen abzudecken oder andere Verfahren anzuwenden, um nicht jedem Besucher und jeder Besucherin ständig Einblick zu gewähren.“

Stv. Beltz begründet kurz den vorliegenden Antrag der Linke.Fraktion.

Oberbürgermeister Haumann hält den Antrag für nicht nötig, da die Verwaltung - gemeinsam mit dem Personalrat - bereits mit dem Thema befasst sei. Man wolle Musterbüros einrichten, damit sich die Mitarbeiter verschiedene Sichtschutzmöglichkeiten anschauen können. Über den Fortgang und das Ergebnis werde er dem Ausschuss unaufgefordert berichten.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD).

5. **Erhöhung der Einkommensgrenze für die Berechtigung des Gießen-Passes** **STV/2349/2009**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.04.2009 -

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, die Einkommensgrenze für die Berechtigung des Gießen-Passes um 30 % zu erhöhen.“

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD).

6. **Sozialstrukturatlas für die Universitätsstadt Gießen** **STV/2340/2009**
- Antrag des Magistrats vom 20.04.2009 -

Antrag:

„Der sich in der Anlage befindende Sozialstrukturatlas für die Universitätsstadt Gießen wird zur Kenntnis genommen.“

Frau Dipl. oec. troph. Löser stellt den Sozialstrukturplan anhand einer PowerPoint Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Anschließende Fragen der Ausschussmitglieder werden von Frau Dipl. oec. troph. Löser und Oberbürgermeister Haumann beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

7. **Verschiedenes**

- **Stv. Sator**, CDU-Fraktion, berichtet, dass sie von Frau Peral-Ruiz angesprochen worden sei, dass der Sozialausschuss einen Vertreter für den Begleitausschuss „Stärken vor Ort“ (Nachfolgeprogramm LOS) benennen solle.

Stv. Bietz spricht sich gegen diese Verfahrensweise aus, sie halte die Benennung „eines“ Vertreters für zu wenig. Sie schlägt vor, dass jede Fraktion einen Vertreter benennen solle.

Oberbürgermeister Haumann erklärt, dass Frau Peral-Ruiz sich in dieser Angelegenheit natürlich an ihn als zuständigen Dezernent wenden müsse, damit eine entsprechende Stadtverordnetenvorlage erstellt werde.

- **Vorsitzender** teilt mit, dass die nächste Sozialausschusssitzung am Mittwoch, 17.06.2009, 19:00 Uhr, stattfindet.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode